

Bis heute hat sich jedoch die tatsächliche Trennung zwischen lokalen Verwaltungsbehörden und Unternehmensmanagement noch nicht vollzogen. Erst im März d.J. wurde die Erarbeitung von Durchführungsbestimmungen angekündigt, mit deren Hilfe die Entscheidungsrechte der Betriebsleiter im Personalbereich realisiert werden sollen. (XNA, 26.3.92)

Gleichzeitig wurden Bestimmungen ausgearbeitet, die festlegen, welche Arbeitskräfte entlassen werden könnten. Hierzu sollen beispielsweise folgende Personengruppen zählen:

- Beschäftigte, die gegen Gesetze und Vorschriften verstoßen und eine mangelnde Einstellung zur Arbeit zeigen.
- Beschäftigte, die sich über einen Zeitraum von drei Jahren als unfähig erwiesen haben und die nicht die ihnen vom Unternehmen angebotenen Arrangements beachten.
- Beschäftigte, die durch die Umstrukturierung oder Optimierung der Personalorganisation überschüssig geworden sind und die eine vernünftige Stellenneuzuweisung nicht akzeptieren.
- Beschäftigte, die unter Verletzung von Bestimmungen eingestellt oder beschäftigt wurden und die nicht den Anforderungen des Arbeitsplatzes entsprechen.
- Beschäftigte, die durch Beeinträchtigung der wirtschaftlichen und technischen Interessen des Unternehmens dem Betrieb Schaden zufügen.
- Beschäftigte, die in schwerwiegenderem Maße und mit ernststen Folgen gegen die Berufsethik und Betriebsdisziplin verstoßen. (SWB, 6.5.92)

In den chinesischen Medien wurde zunächst auf die breite Unterstützung der Beschäftigten zu den Reformen hingewiesen. Ein Beispiel hierfür ist der Bericht über eine in der Provinz Anhui in 15 staatlichen Großunternehmen mit 10.500 Beschäftigten durchgeführte Untersuchung. Von den befragten Arbeitskräften sollen sich 63,8% für die Abschaffung der Statusunterschiede zwischen Kadern und Arbeitern sowie zwischen lebenslang Beschäftigten und Vertragsarbeitern ausgesprochen haben. 88% der befragten Beschäftigten stimmten einer Einstellung über Einstellungstest und fairen Wettbewerb zu, und 57% befürworteten, daß überschüssige und faule Arbeitskräfte entlassen werden; diese sollten jedoch 40-60 Yuan im Monat als soziale Absicherung erhalten. (XNA, 14.4.92)

Die Konfrontation der Beschäftigten in den Staatsunternehmen mit möglicher Arbeitslosigkeit, verläuft jedoch keineswegs reibungslos. So gibt es beispielsweise eine Reihe von Berichten über Arbeiter, die streikten, die Betriebsleiter bedrohten oder sie gewalttätig angriffen. (SCMP, 8.4.92; SWB, 21.4.92; SZ, 18.5.92) Neben dem Verlust des Arbeitsplatzes befürchteten die Arbeiter vor allem, daß ihnen die Sozialleistungen ihrer Arbeitseinheit entzogen werden. Hierzu zählen ja insbesondere die Wohnungen, die in der Regel vom Unternehmen zu günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Da es keinen bzw. nur rudimentären Wohnungsmarkt gibt, erscheint dieses Problem um so größer. Aber auch die medizinische Versorgung und andere soziale Dienstleistungen sowie die Rentenversorgung ist in den Städten noch an die Arbeitseinheit gebunden bzw. wird durch das staatliche Unternehmen finanziert. Da die Übertragung dieser Ansprüche auf andere Betriebe noch fehlt, ist dementsprechend die Mobilitätsvoraussetzung auch noch nicht geschaffen.

Aufgrund des noch fehlenden sozialen Auffangnetzes bilden die Einführung des Arbeitsvertragssystems und andere Bestimmungen zunächst nur die rechtlichen Voraussetzungen für die Reform, die nur abhängig von den politischen und sozialen Bedingungen schrittweise realisiert werden soll. -schü-

Taiwan

*(24) Neue Verfassungsänderungen trotz Boykotts der Opposition von der Regierungspartei allein verabschiedet

Die im letzten Dezember neu gewählte 2.Nationalversammlung hat am 27.Mai acht Artikel zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Republik China von 1947 ohne die Beteiligung der Opposition verabschiedet und am 30.Mai ihre Interimssitzung, d.h. auch die erste Sitzung, beendet. Während viele führende Politiker der Regierung und der Regierungspartei dies als einen großen Erfolg priesen, bezeichne-

ten nicht nur die Oppositionellen, sondern auch viele Liberale einschließlich nicht weniger Mitglieder der Regierungspartei das Ergebnis als einen Skandal. (Vgl. LHB u. CP, 28.5.92; ZYRB, 28.5.92; FCJ, 29.5.92; ZZ, 5.6.92; Xinxinwen, Taipei, 31.5.-6.6.92) In der Tat ist der Kern der Verfassungsänderungen, die Reform der nebulösen Regierungsform, nichts anderes als ein fauler Interessenausgleich. Die dualistische Konstruktion der Verfassung bestehend aus Präsidialsystem und Parlamentarismus ist dadurch eher gestärkt als gemindert worden. Außerdem ist das Ergebnis nur ein Fragment, da die heikelsten Probleme - wie das Präsidialwahlmodell und die Funktion der Nationalversammlung - nach wie vor ungeklärt bleiben. Daher sind weitere Verfassungsänderungen erforderlich. Während der mehr als zweimonatigen Sitzung (20.März bis 30.Mai) kam es mehrfach zu Tumulten durch grobe Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten unter den Deputierten.

Wie berichtet (C.a., April 1992, Ü 31, S.225), geht es beim Problem des Modells für die Präsidentenwahl in erster Linie eigentlich um eine grundsätzliche und leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung zwischen der größten Oppositionspartei Minjindang (MJD) und der Regierungspartei Guomindang (GMD, Kuomintang); inzwischen hat sich zusätzlich die GMD in dieser Frage gespalten. Nach der geltenden Verfassung ist die Nationalversammlung das Organ, das den Staatspräsidenten wählt. Die MJD, die das Präsidialsystem bevorzugt, befürwortet die Einführung eines Modells zur Direktwahl des Staatspräsidenten. Die GMD hingegen propagierte zunächst ein Mischmodell von Direkt- und Indirektwahlen nach dem Vorbild der USA, also Wahl des Präsidenten durch die Deputierten als Wahlmänner mit imperativem Mandat. Damit, so das Argument, brauchte man die bestehende Verfassung mit der Institution Nationalversammlung kaum zu verändern. Im März d.J. kam es dann aber innerhalb der Parteiführung zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über das Problem. Während der eine Flügel hinter Staatspräsident und Parteivorsitzendem Li Denghui (Lee Teng-hui) zur Direktwahl tendierte, beharrte der andere Flügel hinter Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) weiter auf dem Wahlmänner-Modell. Vermutungen über einen Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten wurden laut.

Neue Verfassungsänderungen



So sieht der Karikaturist der ZZ (5.6.92) die neuen Verfassungsänderungen. Der Mann (Guomintang, Regierungspartei): "Man soll nicht den Verlauf, sondern das Ergebnis betrachten." Die schwangere Frau: "Etwas zu grob."

Um die Partei vor einer offenen Spaltung zu retten, wurde nach leidenschaftlichen Debatten auf der Plenartagung des Zentralen Exekutivkomitees Mitte März d.J. beschlossen, die Entscheidung über das Modell der Präsidentschaftswahl zu verschieben. Dennoch setzten sich die Flügelkämpfe der GMD auf der Sitzung der Nationalversammlung fort. Mit Unterstützung der MJD war der Pro-Präsidenten-Flügel durchaus in der Lage, die Direktwahl für das Präsidentschaftsamt durch eine Verfassungsänderung einzuführen. Darüber hinaus ergaben sich eine Anzahl von Initiativen für die Ausweitung der parlamentarischen Machtbefugnisse der Nationalversammlung, die bislang neben Verfassungsänderungen lediglich die Aufgabe hat, den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen. Diese Vorhaben stießen allgemein auf Ablehnung. Am 24. Mai kam es zu Demonstrationen durch 3.000 Professoren, Studenten und Mitgliedern der MJD in Taipei, auf denen gefordert wurde, die Nationalversammlung abzuschaffen. Unter dem Druck von allen Seiten haben die Deputierten dann in Abwesenheit der Opposition mit einer

überwiegenden Mehrheit lediglich acht der von der Regierungspartei vorbereiteten Artikel verabschiedet.

Die wichtigste Verfassungsänderung ist die Reform des Kontroll Yuan. Bislang wurden die Mitglieder des Hauses von den Parlamenten der Provinzebene gewählt. In Zukunft werden sie - einschließlich ihres Vorsitzenden - statt dessen vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung der Nationalversammlung ernannt. Genauso werden dann auch die Mitglieder des Prüfung Yuan und die höchsten Richter des Justiz Yuan ernannt. Gleiches betrifft ebenfalls die Ernennung der Präsidenten des Prüfungs- und Justiz Yuan; bislang hatte der Kontroll Yuan das Zustimmungsrecht für solche Ernennungen. Dadurch wurden die Machtbefugnisse dieses Verfassungsorgans stark abgebaut, wohingegen die Position der Nationalversammlung sowie die des Staatspräsidenten verstärkt wurde. Als Machtzugewinn für die Nationalversammlung zählt auch die neue Bestimmung, daß sie zukünftig statt aller sechs Jahre regelmäßig jedes Jahr mindestens einmal tagen wird. Das

Modell der Präsidentschaftswahl soll bis zum 20. Mai 1995 entschieden werden, was eine weitere Verschiebung bedeutet. (Zum Text der neuen Verfassungsänderungen s. Dokument in diesem Heft in Chinesisch.) -ni-

*(25)

Freilassung zahlreicher Dissidenten nach Änderung des § 100 des Strafgesetzes

Der Gesetzgebung Yuan (Parlament) hat am 15. Mai die Novellierung des § 100 des Strafgesetzes verabschiedet. Dabei handelt es sich um die Vorschriften gegen Hochverrat. Nach der neuen Definition wird es erst dann als eine Straftat angesehen, wenn jemand mittels Gewaltanwendung (Qiangbao) oder Nötigung (Xiepo) die Absicht zur Zerstörung des Staatssystems, zur Usurpation des Staatsterritoriums, zur illegalen Änderung der Staatsverfassung oder zum Sturz der Regierung durchsetzen möchte. Im Vergleich zum ursprünglichen Text sind die Einschränkungen "Gewaltanwendung" und "Nötigung" neu, dafür wurde der Ausdruck "Verschwörung" (Yinmou) gestrichen. (LHB, 16.5.92; ZYRB, 17.5.92; ZZ, 22.5.92; FCJ, 19.5.92)

Unter der alten verschwommenen Formulierung des Artikels wurden in der Vergangenheit unzählige Dissidenten als Rebellen verhaftet oder gar hingerichtet. Infolge der politischen Liberalisierung fordert die Opposition seit zwei Jahren unermüdlich die Abschaffung des Artikels. Regierungskritische Professoren und Studenten gründeten im letzten Jahr eine Allianz für die Aktion gegen § 100 und veranstalteten mehrmals Protestdemonstrationen. Die Lage spitzte sich zu, nachdem kurz vor und nach den Wahlen zur neuen Nationalversammlung im letzten Dezember zahlreiche radikale Oppositionelle wegen Propaganda für die Gründung eines politisch unabhängigen Staates Taiwan (Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland) oder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen, die dies zum Ziel haben, verhaftet worden waren.

Mit der Novellierung des § 100, die von einer Initiative der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) ausging, sind die Oppositionellen zwar nicht ganz zufrieden, finden sie jedoch akzeptabel. Daher hat die größte Opposi-

tionspartei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei) die parlamentarische Abstimmung darüber nicht gestört. Die von ihr vorgebrachten Anträge auf Abschaffung des § 100 sowie der mit diesem inhaltlich in enger Verbindung stehenden §§ 101-102 wurden von dem Haus wegen der fehlenden Mehrheit abgelehnt.

Nach dem Inkrafttreten des neuen §100 am 18.Mai wurden die Strafen oder Anklagen gegen alle Dissidenten, die nur eine sog. "Rederebellion" begangen haben, aufgehoben bzw. zurückgezogen. Auch die Fahndung nach den "Rederebellanten" im In- und Ausland wurde eingestellt. So wurden zahlreiche bekannte Dissidenten wie z.B. Huang Hua, Guo Beihong, Li Yingyuan, Chen Wanzhen, Wang Kanglu freigelassen. Noch in Haft befinden sich zwei andere führende Regierungsgegner, Zhang Canhong und Chen Zhaoan, gegen die die Prozesse wegen Verdachts auf Rebellion mit Gewalthandlung nach dem neuen §100 weiterlaufen. Zhang ist der Vorsitzende der "Allianz für taiwanesischen Unabhängigkeit" mit Hauptquartier in den U.S.A. Er ist im letzten Dezember bei der illegalen Einreise auf dem Flughafen Taoyuan den taiwanesischen Behörden in die Hände gefallen. Am 30. Mai demonstrierten rd. 500 Oppositionelle vor dem Gerichtsgebäude in Taipei für seine Freilassung, als die Untersuchungsverhandlung gegen ihn stattfand. Das Urteil soll am 8.Juni ausgesprochen werden. (LHB, 31.5.92) -ni-

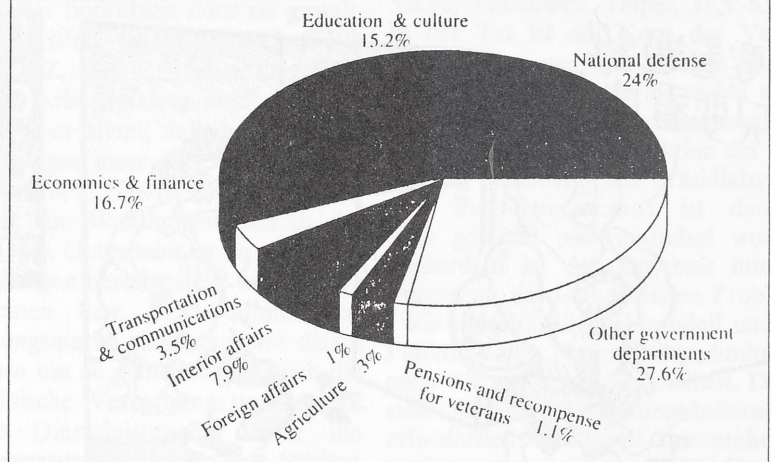
*(26)

Neuer Regierungsetat verabschiedet

Der Gesetzgebungsyuan (Parlament) hat am 29.Mai buchstäblich wieder einmal im letzten Moment der gesetzlich festgelegten Frist (bis Ende Mai) unter Turbulenzen den Etat der Zentralregierung für das neue Fiskaljahr (1.Juli 1992 bis 30.Juni 1993) verabschiedet. Die Fraktion der Opposition Minjindang, die im Haus nur 18 der insgesamt 125 Sitze innehat, versuchte vergeblich mit heftigen Attacken zu verhindern, daß das neue Etatpaket Position für Position verabschiedet wurde.

Trotz der bislang höchsten Kürzungen von 15,25 Mrd.NT\$ (rd. 25 NT\$ = 1 US\$) durch das Parlament erreichen

Verteilung des Regierungsetats im Fiskaljahr 1993 (1,07 Billionen NT\$ oder 42,8 Mrd.US\$)



Quelle: FCJ, 2.6.1992

die Gesamtausgaben eine Rekordhöhe von 1.070 Mrd.NT\$, 9,1% mehr als im ablaufenden Fiskaljahr (per 30.Juni 1992). Da die veranschlagten Gesamteinnahmen bei rd. 804 Mrd.NT\$ liegen, ergibt sich ein Defizit in der ebenfalls bisherigen Rekordhöhe von 266 Mrd.NT\$. Für die Balance soll die Regierung neue Schulden in Höhe von 200 Mrd.NT\$ durch die Ausgabe von Anleihen machen.

Von den parlamentarischen Kürzungen betroffen sind vor allem die Ausgaben für Verteidigung und Außenpolitik, und zwar sind sie um 3,8 Mrd. NT\$ bzw. 406 Mio.NT\$ niedriger als im Regierungsentwurf. Mit 256,9 Mrd. NT\$ hat die Verteidigung nach wie vor den größten Anteil von 24% an den Gesamtausgaben, es folgen Wirtschaft und Finanzen mit 16,7%, Bildung und Kultur mit 15,2%, Innenpolitik mit 7,9%, Verkehr und Kommunikation mit 3,5%, Landwirtschaft mit 3%, Pensionen und Kompensationen für die Veteranen mit 1,1% und Außenpolitik mit 1%. (FCJ, 2.6.92; LHB u. CP, 30.5.92; ZYBR, 31.5.92; ZZ, 5.6.92) -ni-

Hongkong und Macau

*(27)

Drastische Kurssteigerung Hongkonger Aktien um über 40% innerhalb von fünf Monaten

In der letzten Zeit herrschte auf dem Börsenmarkt der britischen Kolonie Hongkong eine lang andauernde Hausse. Der Hang-Seng-Index stieg von einer Rekordhöhe zur anderen. Ende Mai erreichte er 6.080 Punkte, über 40% höher als Anfang d.J. (DGB, 27.5.92; HB, 26.5.92; SCMP, 31.5.92) Damit liegt Hongkong weit vor allen anderen Börsenplätzen in der Welt. Der ungewöhnliche Aufschwung stützte sich auf mehrere Faktoren: vor allem aber erstens auf den Baubeginn des neuen internationalen Flughafens samt allen Nebenprojekten mit der Gesamtkostenveranschlagung von 127 Mrd.HK\$ (16,3 Mrd.US\$, zu Preisen von 1989) und zweitens auf die Reintensivierung des Kurses der Wirtschaftsreform und -öffnung in der VR China, die nicht nur der wichtigste Handelspartner Hongkongs ist, sondern 1997 die britische Kolonie auch zurücknimmt. Ferner haben Zinssenkungen und Konjunkturerhöhung in der letzten Zeit starken Aufwind für die Börse geschaffen.